

Vortrag zum Europäischen Krisengipfel 2008

Donau-Universität Krems, 06. März 2008

„Strategisches Themenmanagement während der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft“

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bedanke mich für die Einladung, heute über eine sehr spannende politische Herausforderung, das Management einer EU-Ratspräsidentschaft erzählen zu können. Und dazu gehört neben einem extrem einsatzbereiten Team und einer starken und erfahrenen Führung eine intensive Vorbereitungsphase. Österreich hatte den EU-Vorsitz in einer sehr schwierigen Phase der Europäischen Union übernommen. Erinnern wir uns zurück: Es war der 29. Mai 2005, als die Franzosen mit ihrem „Non“ im Referendum zur EU-Verfassung die Führung der Europäischen Union in eine Krise gestürzt hatten, drei Tage später lehnten auch die Niederländer den europäischen Verfassungsvertrag mit 62% ab. Die britische Regierung sagte unmittelbar darauf die für das Frühjahr 2006 geplante Volksabstimmung ab, dem laufenden Ratifizierungsprozess (ein Dutzend Länder hatten zu diesem Zeitpunkt bereits in ihren Parlamenten zugestimmt) drohte das vorzeitige Ende. „Hinter all dem steht die grundlegende Frage nach der Zukunft Europas und insbesondere nach der Wirtschaft in Europa“, analysierte damals der britische Premierminister Tony Blair, einige Wochen vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch sein Land, die fatale Lage.

Bereits eine Woche später kam der nächste Riss ins europäische Konsensgefüge: Beim Juni-Gipfel 2005 in Brüssel lehnte Großbritannien den Haushaltsplan für die Jahre 2007 bis 2013 ab, weil Blair den so genannten Briten-Rabatt verteidigen wollte. Das Budget wäre „nicht das richtige Konzept für Großbritannien, und es war nicht das richtige Konzept für Europa“, sagte Blair, der mit seiner Haltung Jean Claude Juncker, eines der Aushängeschilder der EU-Politik und als Finanzminister

Luxemburgs ein ausgewiesener Experte für Finanzpolitik, fast zum Rücktritt brachte. Damit war zu Jahresmitte 2005 die Europäische Union in ihre größte Krise seit März 1999 geschlittert. (Damals trat die EU-Kommission nach Vorwürfen des Missmanagements und der Vetternwirtschaft geschlossen zurück.)

Die britische Präsidentschaft erwies sich bis Jahresende 2005, wo es nach einem wochenlangen Tauziehen um die Finanzvorschau dann doch noch zu einem Kompromiss kam, als nur mäßig dem europäischen Gedanken verpflichtete Politik und steigerte die zu diesem Zeitpunkt schon relativ breite Frustration über die EU, die sich auf sämtliche Institutionen durchschlug.

Das war die Ausgangssituation für den Start der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006. Die politische Debatte um den europäischen Verfassungsvertrag war durch eine „Denkpause“ in die zweite Jahreshälfte 2006 verschoben worden, Österreich hatte hier nur den Auftrag, einen Zeitplan zu entwickeln. Dafür bot sich gleich zu Beginn ein Thema an, das in vielen europäischen Mitgliedsstaaten ein massives Problem hätte werden können. In der Nacht vom 31. Dezember 2005 auf den 1. Jänner 2006 stellte der russische Energiekonzern Gazprom nach wochenlangen gescheiterten Verhandlungen über marktkonforme Preise die Lieferungen an die Ukraine ein. Für Europa bedeutete das Lieferausfälle um ca. 30% als böse Silvester-Überraschung.

Österreich war durch seine neue Rolle federführend für eine politische Lösung dieser Krise und damit für die Wiederherstellung der vollen Energieversorgung mit Gas für rd. 1/3 aller europäischen Länder, darunter Italien, Deutschland, Frankreich, Kroatien und Serbien, verantwortlich. Diese Gaskrise sollte somit zur ersten Bewährungsprobe der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft werden.

Die Krise konnte durch geschicktes politisches Management und begleitet von einer guten strategischen Medienarbeit innerhalb weniger Tage bewältigt werden. Am

dritten Tag war die volle Versorgungssicherheit sowohl bei Unternehmen wie auch privaten Haushalten in Europa wieder hergestellt.

Lassen Sie mich das Krisenmanagement in diesem konkreten Fall beispielhaft dafür darstellen, wie die Informations- und Kommunikationsvernetzung während der EU-Ratspräsidentschaft aufgebaut war.

Basis war ein perfekt koordiniertes Dreieck zwischen Wirtschaftsministerium, Bundeskanzleramt und EU-Kommission in Brüssel. Es gab eine klare Rollenverteilung der einzelnen Player in allen zuständigen Gremien und Institutionen. Entscheidend war die Koordinierung der internen und externen Kommunikation des Wirtschaftsministeriums mit dem Bundeskanzleramt und dem Außenministerium, also den heads der EU-Ratspräsidentschaft.

- Im Kabinett des Wirtschaftsministers war das Team Bundesminister, Kabinettschef, Pressesprecher, Energieexperten des Ministeriums und der OMV im Einsatz
- Im Bundeskanzleramt stand der Bundeskanzler in ständigem Kontakt mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (deren Aufenthalt in Wien beim Neujahrskonzert von großem Vorteil war) und Russlands Präsidenten Wladimir Putin sowie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso; der Energieberater, die Pressesprecherin und der EU-Koordinator für Außen- und Energiepolitik waren in den Krisenstab eingebunden. Die Gespräche fanden telefonisch und auf informeller Ebene statt. In ähnlicher Form versuchten der Infrastrukturminister und die Außenministerin ihre persönlichen Gesprächskontakte und Verbindungen mit anderen europäischen Politikverantwortlichen auszuspielen.

- In Brüssel waren das Büro der Ständigen österreichischen Vertretung mit dem EU-Botschafter und seinen Mitarbeitern und das Büro des zuständigen EU-Kommissars für Energiefragen eingebunden.

Wirtschaftsminister Bartenstein hielt engen Kontakt (regelmäßige Telefonate) mit EU-Energie-Kommissar Andris Piebalgs, den wichtigsten EU-Ressortkollegen, der OMV und – besonders wichtig – mit Alexander Medvedev, damals Vizedirektor von Gasprom mit guten Kontakten nach Österreich; diese Infoschiene verlief im wesentlichen direkt per handy. Parallel wurde ein Energielenkungsbeirat eingerichtet, der als Krisenstab rund um die Uhr tagte

Via Pressesprecher lief rund um die Uhr eine sehr auf Transparenz angelegte Informationsschiene an die Journalisten in Brüssel und an nationale Medien. Bartenstein stand in Permanenz für Telefoninterviews und Journalistentelefonate zur Verfügung. Knapp mehr als die Hälfte der Gespräche wurden aktiv geführt, also auf Initiative der Pressesprecher. Dies umfasste auch regelmäßige updates von Status Quo Informationen und wordings an die anderen Pressesprecher in Wien und Brüssel.

Zentrales Medium war das Radio – die neuesten Meldungen wurden regelmäßig über Ö1 kommuniziert (insbesondere Entwarnung und Rückmeldung aus Moskau). Anfragen der internationalen Journalisten liefen über das Brüsseler Pressebüro, das die Anfragen zur Koordinierung und Abarbeitung nach Wien weiter geleitet hat. Zahlreiche Interviews des Ministers mit dem staatlichen russischen Fernsehen und Live-Schaltungen bei CNN haben auch außereuropäische Beobachter ajour gehalten.

Auf nationaler Ebene wurden regelmäßige Telefonrunden (Rundruf bei allen relevanten Tageszeitungen) eingerichtet. Dazu wurden zwei große Pressekonferenzen organisiert: eine in Brüssel mit Bartenstein und Piebalgs nach einem Meeting und eine PK in Wien mit der Fa. OMV Gas.

.....(wie wurden Russen überzeugt..... WS fragen)

Für die Vertreter der Österreichischen Ratspräsidentschaft war die Bewältigung der Gaskrise die „Feuertaufe“ am internationalen bzw. europäischen Parkett. Letztendlich war das Krisenmanagement maßgeblich für eine erste Einschätzung der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft durch die europäische Politik und die internationalen Medien.

Der Streit um die Gasversorgung hat in Europa zu einem Paradigmenwechsel in der Energiepolitik geführt und schon beim Europäischen Rat in Brüssel im März 2006 wurde das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Die EU-Kommission hat in der Folge eine Strategie zu einer verbesserten Koordinierung der Energiepolitik Europas entwickelt, die die Versorgungssicherheit gewährleisten und die Förderung von alternativen Energieformen zur größeren Unabhängigkeit von russisch-ukrainischen Gaslieferungen forcieren soll.

Ich bin überzeugt, dass gerade dieses Beispiel der Gaskrise zu Beginn 2006 aufzeigt, wie man durch geschickte Koordination, professionelles politisches Verhandlungsmanagement und offensive Öffentlichkeitsarbeit auch ein Krisenthema positiv bewältigen kann, auf das man nicht wirklich vorbereitet sein konnte.

Lassen Sie mich jetzt auf das allgemeine Themenmanagement während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft eingehen:

Im Prinzip sind die Themen, die eine EU-Ratspräsidentschaft zu bewältigen hat, weitgehend vorgegeben. Um zu verhindern, dass jeder EU-Vorsitz seine eigenen Prioritäten setzt und damit die Umsetzung von Beschlüssen ins Hintertreffen gerät, wird seit 2003 gemeinsam mit der EU-Kommission von zwei aufeinander folgenden EU-Ratspräsidentschaften ein dreijähriges Strategieprogramm ausgearbeitet. Sowohl

die Kommission als auch das Parlament stimmen ihr Arbeitsprogramm mit den Vorgaben des Rates ab. Darüber hinaus gibt es die langfristigen Vorgaben einer Präsidentschaft wie z.B. der 7-jährige Budgetzyklus, das Binnenmarktkonzept und die Beschlüsse

neuer Marktordnungen für die gemeinsame Agrarpolitik. Weiters gibt jeder Europäische Rat in den „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ – als eine Art „Arbeitsauftrag“ für die von den Räten umzusetzenden Rechtsprogramme - politische Leitlinien vor.

Die wichtigsten Vorgaben einer EU-Ratspräsidentschaft kommen von der EU-Kommission, weil sie in der so genannten ersten Säule (Binnenmarkt, Gemeinsame Agrarpolitik, Wirtschafts- und Währungsunion etc.) das alleinige Recht hat, Legislativvorschläge zu entwerfen. Dadurch ist der Arbeitsplan des Rates im Prinzip vorgegeben. Wesentlich ist für die jeweilige EU-Ratspräsidentschaft, inwieweit der vorherige Vorsitz „seine“ Tagesordnungspunkte aufgearbeitet hat, und wie viele „heiße Kartoffeln“ der Nachfolgepräsidentschaft überantwortet werden.

Generell kann man sagen, der Erfolg einer Präsidentschaft hängt davon ab, ob sie die zwei, drei großen politischen Arbeitsprojekte bewältigt (= zu einem Abschluss bringen kann), und wie professionell unvorhersehbare externe Ereignisse wie z.B. 11. September 2001, Nahostkonflikt, Erdöl- und Gaskrisen bewältigt werden. Letztlich hängt der Erfolg stets von der Persönlichkeit des jeweiligen Vorsitzenden (also Regierungschefs) und vom Einsatz seines Teams ab. Alle Spitzenakteure werden von tausenden politischen und journalistischen Beobachtern genauestens ins Visier genommen, was einen sowohl physischen wie psychischen Totaleinsatz des Spitzenteams über sechs Monate rund um die Uhr verlangt.

Ohne Frage spielen hier langjährige politische Erfahrung, ein gut funktionierendes persönliches Netzwerk und viel Verhandlungsdiplomatie eine entscheidende Rolle. Schlüssel hatte in den sechs Wochen vor Beginn der EU-Ratspräsidentschaft

sämtliche Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer sowie die Präsidenten von Russland und der USA persönlich besucht und mit Ihnen die Schwerpunkte und Zielsetzungen besprochen. Dadurch ergab sich für ihn ein relativ genauer Überblick wo

Koordinations- und Verhandlungsnotwendigkeiten und wo Spielräume zu den jeweiligen Themen waren.

So hat es dann vor allen großen EU-Konferenzen rund eine Woche lang regelrechte Telefongroßaktionen gegeben. Schüssel hat als Ratsvorsitzender vor allen Entscheidungen alle EU-Partner in allen Ländern mehrmals kontaktiert, darüber hinaus das Weiße Haus und den Kreml jeweils nach einem Beschluss direkt in Kenntnis gesetzt. Wesentlich für das Ziel, Einstimmigkeit für einen Tagesordnungspunkt zu erzielen, ist auch das Bilden von Allianzen. Die aufwändige inhaltliche Vorbereitung hatte sich hier bezahlt gemacht: Zielsicherheit bei den Themen, enormes Hintergrundwissen über die politischen Präferenzen der einzelnen EU-Länder und persönliche Kontakte ermöglichten ein ausgeklügeltes Fädenziehen hinter den Kulissen. Dies bedeutete großen zeitlichen Einsatz mit teilweise bis zu einer Stunde langen Verhandlungen am Telefon mit den Keyplayern wie Merkel, Blair und auch Chirac oder dem polnischen Staatschef etwa bei der Dienstleistungsrichtlinie. Gleichzeitig war es wichtig, den EU-Kommissionspräsidenten am Laufenden zu halten, um die Kommission auf der Seite der Präsidentschaft zu haben.

Natürlich wollte auch die österreichische Präsidentschaft ihre Tagesordnung – also ihr Halbjahresprogramm mitsteuern, denn trotz der Vorgaben wie Jahresprogramm, Aktionspläne und Strategiebereschlüsse liegt es in der Macht der Präsidentschaft, Dossiers entweder einzubremsen oder zu beschleunigen. Die Ratsarbeitsgruppen und vor allem die Mitarbeiter im Ausschuss der Ständigen Vertretung erhielten den Auftrag, politische Initiativen zu ergreifen, um damit die Arbeit des Rates zu beeinflussen. Diese Themen „durchzubringen“ verlangt besonderes Geschick und

know how in den politischen und diplomatischen Gremien, da hier auch der öffentliche Blick stark darauf fokussiert wurde.

Ratspräsident Wolfgang Schüssel hat sich zu Beginn seiner Vorsitzperiode bewusst mit Ankündigungen zurückgehalten und sich die Latte für Erfolge eher niedrig gelegt.

Die Krise der EU war alles andere als ausgestanden und auf vielen Staaten lag vor allem aus der Bevölkerung großer Druck, Erfolge zu erreichen, die sich national verkaufen lassen. Außerdem weiß man, dass gerade Medien am Ende einen kritischen Vergleich zwischen den Ankündigungen und den Ergebnissen relativ gnadenlos führen. Schüssel hatte es daher im Vorfeld vermieden, Ansagen über eine mögliche Lösung der zwei schwierigsten Dossiers - Dienstleistungsrichtlinie und siebenjähriger EU-Budgetrahmen - zu machen. Auch diese Strategie hatte sich empfohlen, denn bei beiden Themen gab es große Skepsis, ob eine Lösung zustande käme.

Die Vorarbeiten für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft haben rund eineinhalb Jahre zuvor begonnen. Sieben Monate vor Beginn der Präsidentschaft wurde der Sitzungsplan für sämtliche Europäischen Räte, Ministerräte, informelle Ministerräte, Ausschuss der Ständigen Vertretung, sowie Vermittlungsausschüsse mit dem Europäischen Parlament vorgelegt.

Insbesondere wurden die Kontakte und Arbeitsbeziehungen zum Europäischen Parlament verstärkt, eine strategisch bewusste Entscheidung, da ohne dessen Zustimmung über Dreiviertel der EU-Gesetze blockiert werden können. Von Anfang Jänner 2006 an nahmen daher der Staatssekretär im Außenministerium, aber auch alle Fachminister an den Ausschusssitzungen und an den Aussprachen und Anfragen im Plenum teil. Österreichische Regierungsmitglieder waren 60 Mal bei Debatten im Plenum des Europaparlaments präsent. Zwischen dem Ratspräsidenten Wolfgang Schüssel und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Josep Borrell, gab es insgesamt 12 Treffen in diesem Halbjahr. Mitglieder des Europäischen Parlaments

wurden auch zu informellen Ratssitzungen eingeladen und haben dort den Standpunkt des Europäischen Parlaments eingebracht. Der Aufwand hat sich – insbesondere bei den Agenden Finanzvorschau und Dienstleistungsrichtlinie, wo es massive Einwände gegen die vom Rat vorgelegten Beschlüsse gab – extrem bewährt.

In beiden sehr heiklen Causen konnte mit den Fraktionsführern im europäischen Parlament Konsens erzielt werden. Die Parlamentarier, die hier sehr empfindlich sind, hatten deutlich das Gefühl erhalten, entsprechend eingebunden zu sein. Das bedeutete für die Präsidentschaft sehr viel Aufwand an Zeit und personellem Einsatz, letztlich gilt aber ein Projekt erst dann als erfolgreich abgeschlossen, wenn es die Zustimmung des Parlaments hat.

Ein EU-Vorsitz beinhaltet neben dem so genannten „Pflichtprogramm“ - Österreich hatte neben dem Vorsitz der Europäischen Räte die Leitung von 1.800 formellen Sitzungen von Ratsgremien und ca. 1.500 informellen Treffen, vorbereitenden Sitzungen und Drittstaatentreffen auf Beamtenebene übernommen - aber auch ein „Kürprogramm“. Hier hat Österreich auf seine Fähigkeiten und Talente als Gastgeber gesetzt und ein sehr aufwändiges Kulturrahmenprogramm - von der Klassik bis zur Moderne – gestaltet. Dies sollte einerseits Österreichs Image als Kulturland gerecht werden, aber v.a. die positive Stimmung für sachpolitische Erfolge grundlegen.

Österreichs damaliger EU-Botschafter in Brüssel, Gregor Woschnagg, eine Speerspitze in den diplomatischen Verhandlungen, schreibt in seinem neuen Buch „Hinter den Kulissen der EU“, das zu Jahresbeginn erschienen ist: „Als EU-Vorsitz fühlt man sich oft als Kapitän eines schwierig zu lenkenden Containerschiffes, der sehr bemüht ist, das Schiff durch ruhige Gewässer, Untiefen, Strudel, aber auch zeitweise durch heftigen Sturm oder sogar durch einen „Tsunami“ durchzusteuern. Durch die geschickte Involvierung der Verhandlungspartner, denen man das Gefühl geben muss, dass man ihren Ratschlag stets ernst nimmt, können immer wieder auftretende Krisen im kollegialen Geist mit Unterstützung der Partner bewältigt

werden. Nur durch eine Mischung von Bescheidenheit mit leadership kann die Gefahr einer Meuterei unterbunden werden und das Schiff „Europa“ letztlich heil durch die Präsidentschaft geführt werden.“

Entscheidend für den erfolgreichen Verlauf der Präsidentschaft Österreichs war auch, dass in Wien und Brüssel rechtzeitig eine schlagkräftige Struktur aufgebaut wurde, mit Experten, Pressefachleuten und Koordinatoren. Das Team war der Größe unseres Landes entsprechend relativ klein, aber sehr effizient und mit sehr guten Leuten besetzt. Das bedeutet in der konkreten Tagesarbeit schnelle Entscheidungsstrukturen, kurze Kommunikationslinien, und klare individuelle Verantwortung.

Nach der Bewältigung der Gaskrise zu Beginn der EU-Ratspräsidentschaft gab es im Prinzip drei große Themen, die prioritär angegangen wurden. Nachdem beim Dezember-Gipfel noch unter britischem Vorsitz ein Kompromiss über die Finanzvorschau 2007 – 2013 erzielt wurde, ging es darum, im europäischen Parlament die Zustimmung dafür zu erhalten. Beim Frühjahrsgipfel im März wurde der Startschuss für eine europäische Energiepolitik und damit für eine bessere Versorgungssicherheit sowie eine Weichenstellung für einen verstärkten Einsatz von Biokraftstoffen gesetzt.

Die Einigung auf die Dienstleistungsrichtlinie war das dritte große Thema, mit dem die Präsidentschaft einen Durchbruch erreichen wollte. Mit dieser Richtlinie sollten neue Wachstumsimpulse geschaffen und Lohn- und Sozialdumping innerhalb der EU ausgeschlossen werden. Beides gelang und brachte der Präsidentschaft international positive Schlagzeilen. Erwähnenswert ist sicherlich auch noch der erfolgreiche Beschluss der lange Jahre diskutierten Chemierichtlinie.

Besonders gelobt wurde Österreich, dass es gelang, die politischen Gräben zu glätten und die Stimmung zwischen den Mitgliedsstaaten zu verbessern. So schrieb etwa die Süddeutsche Zeitung im März 2006: „In einer Zeit des europäischen Frustes, der Desorientierung und der Misslaunigkeit ist es die wichtigste Aufgabe, den Laden erst einmal beisammen zu halten. Da ist Österreich durchaus erfolgreich.“

George Parker von der Financial Times, der führende, meinungsbildende Journalist in Brüssel, lobte Schüssel damals dafür, eine Übereinkunft über eine EU-Energiepolitik erzielt zu haben und den Weg frei gemacht zu haben zur Dienstleistungsrichtlinie.

Der Durchbruch zur Dienstleistungsrichtlinie gelang im Rahmen eines vertraulichen Abendessens am 20. Februar 2006 in der österreichischen Residenz in Brüssel, zu dem Bundeskanzler Schüssel Kommissionspräsident Barroso, Wirtschaftsminister Bartenstein, den Präsidenten des Arbeitgeberverbandes UNICE, Seillière und den Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Monks geladen hatte. Bei der Diskussion zeigte sich, dass sowohl innerhalb der UNICE als auch innerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbundes einige Länderorganisationen größten Widerstand gegen eine Annahme der Dienstleistungsrichtlinie eingelegt hatten. Erst um Mitternacht – bei Palatschinken mit Marillenmarmelade - einigte man sich darauf, dass sich alle bei ihren Organisationen dafür einsetzen werden, dass die Dienstleistungsrichtlinie noch während des österreichischen Vorsitzes angenommen werden sollte.

Zur Absicherung der politischen Unterstützung durch UNICE-Präsident Seillière und EGB-Präsident Mendez wurden die beiden Sozialpartnervertreter eingeladen, am Beginn des Frühlingsgipfels des Europäischen Rates teilzunehmen und eine Erklärung abzugeben, was ein absolutes Novum war und für beide Organisationen eine enorme Aufwertung darstellte. Die formelle Einigung erfolgte bei der Tagung des Wettbewerbsfähigkeitsrats im Mai 2006. Das Parlament übernahm dann in seiner

zweiten Lesung den Text des Europäischen Rates unverändert und somit konnte der Beschluss endgültig gefasst werden.

Darüber hinaus leitete die Subsidiaritätskonferenz in St. Pölten eine Debatte über sinnvolle Aufgabenverteilung in Europa ein. Im Bereich Erweiterung wurde eine

strategische Grundsatzdebatte über die Aufnahmefähigkeit der Union eingeleitet. Österreich hatte außerdem den Ehrgeiz, die Grundlagen für eine Beitrittsperspektive für den Westbalkan zu legen und die ersten Verhandlungskapitel mit Kroatien und der Türkei abzuschließen.

Nach der großen Vertrauenskrise wollte man insbesondere im Verfassungsprozess die Verkrampfungen lösen. Es gelang, unter den Mitgliedstaaten eine offene Diskussion wieder aufzunehmen. Beim Gipfel in Brüssel einigte man sich auf die Choreographie bis 2009.

Eine besondere Herausforderung im Krisenmanagement erforderte auch der Streit um die Mohammed-Karikaturen. Damit war in erster Linie die Ratpräsidentin Ursula Plassnik befasst, die unermüdlich eine Abstimmung mit ihren Außenministerkollegen suchte. Im Vordergrund stand das klare Eintreten für den Schutz europäischer Bürger und Einrichtungen und die Intensivierung des Dialogs der Religionen und Kulturen. Nach einer Eskalation der Situation im Nahen Osten (tätliche Angriffe auf EU-Einrichtungen) im Februar 2006 nach der Publizierung von Karikaturen des Propheten Mohamed zuerst in dänischer und dann auch in anderen westlichen Printmedien, wurden von der Präsidentschaft vertrauensbildende Maßnahmen zur Förderung des kulturellen und religiösen Dialoges eingeleitet. Außenministerin Plassnik lud den dänischen Außenminister Møller sowie islamische Religionsführer zu einem Gesprächsforum nach Wien ein, um die entstandenen Missverständnisse aufzuklären. Außenbeauftragter Solana und Außenministerin Plassnik reisten in den

Nahen Osten, um direkte Gespräche zur Deeskalation zu führen. Es gab mehrere Sondersitzungen und Sondertreffen.

Was sich für alle besonders aufwändig erwies, war die ständige internationale Beobachtung aller Krisenherde der Welt. Innerhalb weniger Stunden musste die Präsidentschaft Dossiers und Stellungnahmen bereitstellen, die mit allen Ländern vor

der Veröffentlichung koordiniert werden mussten. Das bedeutete eine Rund um die Uhr-Beobachtung und die permanente Formulierung von Sprachregelungen. Unter dem österreichischen Vorsitz wurden rund 11.000 offizielle Dokumente des EU-Rats erstellt. Über 1000 außenpolitische Analysen und Informationsberichte wurden im Laufe der sechs Monate zur Abstimmung der Reaktionen auf internationale Fragen an die anderen EU-Staaten versendet, 128 Präsidentschaftserklärungen zu aktuellen außenpolitischen Ereignissen verfasst. Allein in Brüssel und Luxemburg fanden etwa 3.300 Sitzungen statt.

Die größte Veranstaltung während des österreichischen EU-Vorsitzes war der EU-Gipfel mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik (EU-LAC-Gipfel), insgesamt nahmen daran 45 Staats- und Regierungschefs teil, die 60 Staaten repräsentierten. Allein die Logistik der An- und Abreisen und der Pressetermine stellte große Ansprüche. Für die Präsidentschaft war es wichtig, dass v.a. bei dieser weltweiten Aufmerksamkeit das perfekte Österreich-Bild vermittelt wurde. Über das EU-Fußballmatch, an dem Regierungschefs, EU-Kommissare und internationale Alt-Stars teilnahmen, wurde von 60 TV-Stationen berichtet (2 Sender übertrugen das Spiel sogar live).

Die offizielle EU-Ratspräsidentschaftswebpage hatte in den sechs Monaten 34,4 Millionen Zugriffe. Dies zeigt doch deutlich, dass neben dem professionellen Interesse von politischen Institutionen, der Blick der europäischen Bürger auf das,

was Österreich in diesem ersten Halbjahr 2006 zu bewältigen hatte, nicht unbedeutend war.

Österreichs Präsidentschaft wurde von internationalen, aber auch nationalen Beobachtern ein insgesamt sehr gutes Zeugnis ausgestellt, das von „außergewöhnlich gut organisiert, unspektakulär, aber kompetent“ des liberalen britischen Independent, „verbindlich und pragmatisch mit Durchbrüchen bei wichtigen EU-Dossiers“ (deutsches Handelsblatt) bis „wirklich gut“ wie es aus dem US-State Department hieß, bewertet wurde.

Im Wesentlichen würde ich drei Dinge nennen, die diese positive „Nachrede“ möglich machten:

1. präzise inhaltliche und organisatorische Vorbereitung
2. professionelles Zusammenwirken aller player
3. straffe strategische Planung und rund um die Uhr-Einsatz bei Krisen.

Ob das Themenmanagement gelingt, hängt aber nicht nur von diesen Parametern ab, sondern auch davon, ob es gelingt, die politischen Zielsetzungen durch geschicktes Verhandlungsmanagement zu erreichen. Es war strenge Führung und gute Teamarbeit, die die österreichische EU-Ratspräsidentschaft erfolgreich zu Ende gehen ließen. „Ein Dienst an Europa“, wie es der Vorsitzende Wolfgang Schüssel nannte.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.